Herzschläge Bulletin

Zeitung gegen die Kriminalisierung von AntifaschistInnen

Nummer 5 Berlin - Dezember 1994

Kurzer Prozeß mit Bauchschmerzen

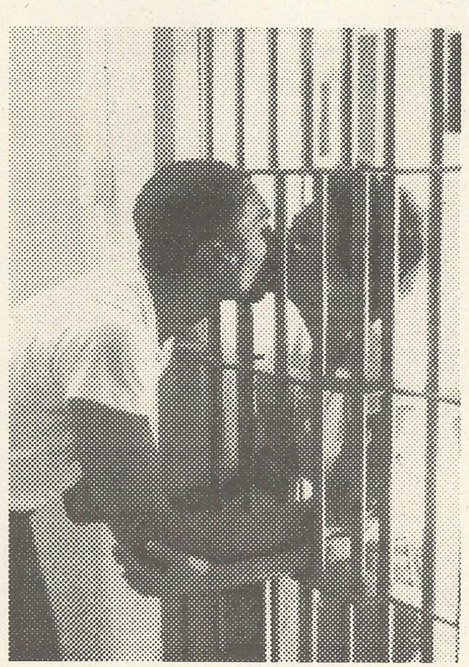
Der Prozeß ist vorbei / Aber noch immer sind vier AntifaschistInnen auf der Flucht wegen "Mord"

Die Urteile für alle in diesem Prozeß Beteiligten sind gesprochen. Drei Jahre Knast gegen Seyho, Carlo und Mehmet wegen Körperverletzung mit Todesfolge und Beteiligung an einer Schlägerei. Gegen Fatma 15 Monate Jugendstrafe auf Bewährung wegen „psychischer und physischer Beihilfe" (!). Gegen Bazdin zwei Jahre Jugendstrafe, eins ist abgesessen, das zweite auf Bewährung. Der Unterbringungsbeschluß gegen Erkan ist aufgehoben, er soll aber weiterhin in ärztlicher Behandlung bleiben. Abidin wurde freigesprochen, erhielt aber nur für die Hälfte seiner U-Haft eine Haftentschädigung.

Diesen Urteilen liegt ein Deal zwischen Staatsanwaltschaft, Gericht und AnwältInnen zugrunde. So konnte, wie die Richterin es nannte, „kurzer Prozeß" gemacht werden.

Die Anklage hatte einen schweren Schlag erhalten, da die Aussagen der beiden Hauptbelastungszeugen im wesentlichen nicht mehr zur Verfügung standen: Erkans Aussagen beim Staatsschutz wurden nicht verwertet und Bazdin stellte viele seiner früheren Belastungen vor Gericht anders dar.

In ihren Einlassungen hatten die Angeklagten ein anderes Bild von der Aktion gezeichnet als das der Staatsanwaltschaft. Als die Anklage dann Gleichgewichtsstörungen bekam, sollte Bredlow sie wenigstens als Zeuge noch retten. Er aber brachte sie vollends ins Wanken. Er hatte die Verhöre von Erkan und Bazdin geführt, die zur Grundlage der Anklage wurden. Dieser Versuch ging baden, fast alle goldenen Brücken, die ihm die Staatsanwaltschaft baute, verfehlte er. Bredlow bestätigte alle Vorurteile, die über den Staatsschutz existieren. Ob die Beschuldigten über ihre Rechte aufgeklärt wurden, blieb fraglich. Er konnte die Vernehmungen von Erkan und Bazdin nicht auseinanderhalten und die Protokollierung der Aussagen hatte nicht den Vorschriften entsprechend stattgefunden. Er benannte es im Prozeß: Im Protokoll stünden überwiegend ihre (der SOKO Kaindl), teilweise Bazdins Worte. Sicherlich sei auch wörtlich protokolliert worden, er wisse nur nicht wo. Solch ein Vorgehen ist uns nichts Neues, die Richterin aber war sichtlich empört darüber, daß ihr



durch solcherart „unprofessionelles" Vorgehen der Prozeß zu platzen drohte.

In dieser Situation bot sich die Möglichkeit für den Deal. Er beinhaltete, daß die Staatsschützer und die als ZeugInnen geladenen FaschistInnen nicht durch die AnwältInnen verhört wurden, daß die Gefangenen nach dem Urteil sofort raus kämen und das schon genannte Strafmaß bzw. einen Strafantritt im Freigängerknast für diejenigen, die nicht auf Bewährung verurteilt wurden.

Mittlerweile kann mensch öfter Stimmen hören, die sagen, es hätte mehr herausgeholt werden können, eine Schweigestrategie aller Angeklagten hätte eine Verurteilung unmöglich gemacht, da sie nur aufgrund der eigenen Einlassungen verurteilt wurden.

Deshalb sei an die Situation vor Prozeßbeginn erinnert, die Einlassungen nötig gemacht hatte. Ohne Einlassungen zur Sache hätte nur die Staatsschutzversion der Aktion am 3. 4. 92 im Raum gestanden. Diese Version hatte zur Anklage wegen gemeinschaftlichem Mord und sechsfachem Mordversuch geführt. Es war auch zu Beginn des Prozesses noch unklar, wie Bazdin sich verhalten würde. Er hat dann nur in Konfrontation mit den Einlassungen der anderen seine polizeilichen Aussagen „widerrufen". Für diese Situation war es auch notwendig, ihn nicht vorher öffentlich als Verräter zu bezeichnen, das hätte dieses „Widerrufen" unmöglicher gemacht. Die Methoden des Staatsschutzes in den Ermittlungen, die Manipulationen der Aussagen von Bazdin und Erkan wurden so auch vor Gericht deutlich, anders, als wenn Bazdin diese Aussagen alle wiederholt hätte.

Die Frage, warum diese Art der Einlassungen gewählt wurde, ist dadurch aber nicht beantwortet. Es gab auch unter den Gefangenen keine gemeinsame Diskussion und keine Vorbereitung dazu. Es hätte nach der grundsätzlichen Entscheidung, daß sich eingelassen wird, mehrere Möglichkeiten gegeben. Das „gewählte" freie Frage und Antwort Verfahren ist sehr schwierig zu kontrollieren, die Gefahr, Fehler zu machen wenn sofort auf alle Fragen geantwortet wird, ist sehr hoch. Warum wurde sich nicht öfter mit den Anwälten besprochen, bevor geantwortet wurde? Natürlich, je lockerer auf jede Frage sofort eine „ehrliche" Antwort kommt, desto glaubwürdiger sind die Aussagen fürs Gericht. Aber wäre es für die Sicherheit nicht besser

(Fortsetzung nächste Seite)

Fortsetzung "Kurzer Prozeß..."

gewesen, sich mehr Zeit zu lassen und damit auch bestimmte Fehler nicht zu machen?
Das öffentliche - auch internationale - Interesse an diesem Verfahren, an der Offenlegung der Manipulationen des Staatsschutzes, hat die Grundlage geschaffen, auf der es eine „Dealmöglichkeit" für die AnwältInnen gab. Auf den Ausgang dieser „Verhandlungen" gab es allerdings von außen keine Einflußmöglichkeit.
Die Richterin erweckte mit der zweiwöchigen Aussetzung der Vernehmung Bredlows den Eindruck, er würde aufgefordert, sich doch besser vorzubereiten und vermittelte dadurch ihr Interesse am Zustandekommen dieses Deals.
Aus ihre Gerichtslogik heraus mußte auch das Verfahren gegen Abidin an dieser Stelle abgetrennt werden, da weder er noch sein Anwalt an den Deal gebunden waren. Sein Versuch, im abgetrennten Verfahren noch etwas zu den Methoden des Staatsschutzes zu sagen, blieb weitgehend unbeachtet.
Das war im wesentlichen die Situation, die zur Annahme des Deals geführt hat. Natürlich wird weiter überlegt, wenn es keinen Deal gegeben hätte, wie hätte sich das Ergebnis geändert, oder wäre es so geblieben?
Beide Seiten hätten natürlich weiter Handlungsmöglichkeiten gehabt und hatten sie auch angekündigt. Die AnwältInnen hätten über das öffentliche Interesse Druck auf das Gericht ausüben können. Das Interesse auch beim humanistischen Spektum an den Manipulationen des Staatsschutzes, an seiner Zusammenarbeit mit den Faschisten, war groß. Daraus hätte ein internationaler Skandal werden können, das Ansehen der deutschen Justiz und Polizei im Ausland ist sowieso nicht das Beste, die „Rechtslastigkeit" wäre wieder mal bewiesen worden. Die Richterin, die „ihren" Prozeß „anständig" zu Ende bringen wollte, wäre spätestens in der Befragung der FaschistInnen und des Staatsschutzes zu Willkürmaßnahmen gezwungen gewesen, um weiterhin die politische Dimension dieses Verfahrens ausblenden zu können. Aber wie lange das öffentliche Interesse noch angehalten hätte, ist nicht sicher. Es bestand die Gefahr, daß die öffentliche Stimmung kippen könnte, angesichts der ZeugInnenvernehmungen von Nazis und RestaurantbesucherInnen. Möglicherweise wäre ihr Augenmerk mehr auf den toten Kaindl, statt auf die Machenschaften des Staatsschutzes gerichtet gewesen. Tagespresse braucht aktuelle Neuigkeiten, allein die Informationsweitergabe von sogenannten Ermittlungsergebnissen an die „Deutsche Liga für Volk und Heimat" und die illegalen Ermittlungsmethoden des Staatsschutzes hätte nicht wochenlang die Presse bestimmen können.
Die Justiz hätte ebenfalls weitere Druckmöglichkeiten gehabt: Die Abtrennung einzelner Verfahren, in denen die anderen „ehemals" Angeklagten als



Kriminalgericht Moabit
Eingang zum Sicherheitsbereich

ZeugInnen geladen worden wären, oder allgemein schärfere Verhöre. Natürlich hätte auch die ausführliche Befragung der FaschistInnen und Staatsschützer blockiert werden können mit „Frage unzulässig" oder „tut nichts zur Sache".
Auch über das mögliche Ergebnis kann es Spekulationen geben. Vielleicht wäre es auch ohne Deal zu diesen Strafen gekommen, dann aber mit einem längeren Prozeß und ohne die Zusage auf Freigängerknast und ohne die etwa drei Monate Pause vom Knast, die sie jetzt haben. Vielleicht wären die Urteile auch noch härter ausgefallen, weil Gericht und Staatsanwaltschaft in der Öffentlichkeit bloßgestellt wurden. Vielleicht hätte man auch mehr rausholen können, z.B. keine Verurteilung wegen Körperverletzung mit Todesfolge und Freispruch auch für Fatma? Dafür hätte sich die Angeklagten und AnwältInnen einig sein müssen und stark genug, auch möglicherweise härtere Urteile tragen zu können. Es war kein Deal auf gleichberechtigter Ebene, die Justiz hatte viele Möglichkeiten zur Erpressung. Wahrscheinlich wäre es besser gewesen, sich für diese Entscheidung mehr Zeit zu nehmen, genauer und gemeinsam zu überlegen, was jede/r kann und verträgt und was flöten gehen kann. Aber die Entscheidung ist nachvollziehbar. Wenn jemand sich unter diesen Umständen nicht dem Risiko aussetzen mochte, die verschiedenen Varianten durchzuprobieren, kann das nicht verurteilt werden.
Ausblick: In ihrer Urteilsbegründung hat die Richterin versucht, einen angeblichen Täter festzuschreiben. Darin liegt der wesentliche Nachteil dieses Deals. Das Gericht wollte einen „Täter" haben. Die Verteidigung zielte darauf, daß keinem der Angeklagten eine Beteiligung nachgewiesen werden konnte. Das ging ihrer Meinung nach offensichtlich nur, indem vor Gericht deutlich gemacht wurde, daß einer der „Unsichtbaren" für Kaindls Tod verantwortlich sei. Die Richterin und die Staatsanwältin haben auch einen Namen genannt. Diese Vorverurteilung war der Justiz wichtig und sie haben sie leider auch bekommem. Das ist für uns der am schwersten verdauliche Punkt in diesem Verfahren. Denn gerade nach dem Ergebnis dieses Prozesses ist es absurd, daß weiter wegen „Mord" gefahndet wird. Die Situation im Lokal ist deutlich als heftige Auseinandersetzung beschrieben worden. Wenigstens einer der Faschisten hatte vermutlich eine Schußwaffe, von der man sich durchaus tödlich bedroht fühlen konnte und entsprechend reagierte. Es gab auch drei Aussagen dazu, daß Schußgeräusche zu hören waren, bevor die Scheibe klirrend zersprang. Daß die Richterin weiterhin das Bild eines „Täterexesses", wo jemand gewalttätig und brutal gehandelt hat, aufrecht erhält, obwohl im Prozeß deutlich wurde, daß es eine Bedrohungssituation durch die Faschisten gegeben hat, spricht für sich. Es ist in der Öffentlichkeit deutlich geworden, daß der Tod Kaindls eben nicht das Ergebnis eines kaltblütigen Mordes ist.

Alle Haftbefehle müssen aufgehoben werden.
Weg mit dem Mordvorwurf!

Vorläufiges Resumee der Unterstützungsarbeit im „Fall Kaindl"

Das Verfahren im Fall „Kaindl" hat(te) viele besondere Bedingungen. Die Kampage versuchte, diesen besonderen Bedingungen gerecht zu werden. Es sollte deshalb nicht der Fehler gemacht werden, einzelne Punkte der Kampagne zu verallgemeinern, sie sind vielmehr immer im Zusammenhang mit den Bedingungen zu betrachten.

Als kurz nach den ersten Festnahmen im November ´93 mit der Öffentlichkeitsarbeit im „Fall Kaindl" begonnen wurde, war allen klar, daß die Gegenseite es diesmal wissen wollte.

Es war auch von Seiten des Staatsschutzes und der Staatsanwaltschaft geschickt eingefädelt.

Möglich wurde die Kriminalisierung durch die umfangreichen Aussagen, die ein tatbeteiligter Jugendlicher bei der Polizei gemacht hatte. Einen Monat später wurde ein zweiter an dem Vorfall Beteiligter festgenommen, der ebenfalls umfangreich aussagte. Durch die beiden Aussagen ist dieses ganze Verfahren und die letztendlichen Verurteilungen erst möglich geworden. Ohne Aussagen bei der Polizei hätte es kein Verfahren und auch nicht die Kampagne gegeben. Es gilt immer noch: **Keine Aussagen bei Polizei und Staatsanwaltschaft. Nur nichts sagen, ist sicher!**

Die Kriminalisierung zielte auf eine politisch relativ isolierte Gruppe, die Aktion selbst war auch innerhalb linker Kreise sehr umstritten. Die Personengruppe, die von der Polizei mit Haftbefehl verfolgt wurde, war alles andere als einheitlich. Die Personengruppe, die dann vor Gericht stand, war keine politische Gruppe, sondern Einzelpersonen, in ihrer Mehrheit MigrantInnen. Alle anderen, außer den beiden Jugendlichen, verstanden sich als Linke und Antifas, was sie in ihren Erklärungen deutlich gemacht haben.

Die Festnahmen wurden mit Mordvorwurf begründet. Damit waren die Verfolgungsbehörden in der Lage, einen scheinbar „unpolitischen" Prozeß zu führen, da es ihnen nur um die „Aufklärung eines Kapitalverbrechens" ging und sie erreichten gleichzeitig, daß eine Solidarisierung mit den Gefangenen durch die Schwere des Vorwurfs („mit Mord wollen wir nichts zu tun haben") sehr schwierig war. Hätten die Behörden die Kriminalisierung mit einem „politischen" Paragraphen, z.B. 129a/129 vorangetrieben, wäre der politische Charakter des Angriffs deutlicher geworden. Es wäre dann vermutlich einfacher gewesen, eine breite Solidaritätskampagne zu schaffen, die politische Kräfte außerhalb des linksradikalen Spektrums einbezieht.

In diesem Verfahren konzentrierten sich die mannigfaltigen Probleme der antifaschistischen Bewegung wie in einem Brennglas: Von umfangreichen Aussagen kriminalisierter Jugendlicher, über Verbalradikalismen und Verantwortungslosigkeit im Umgang untereinander, bis hin zu großen Unklarheiten und nichtgeführten Diskussionen beim Einsatz von Gewalt im antifaschistischen Kampf.

Es drängte sich manchmal der Eindruck auf, daß dieser Prozeß exemplarisch zur Lösung dieser vielschichtigen Probleme herhalten sollte.

Mit der Entwicklung der Öffentlichkeitsarbeit ab der ersten Jahreshälfte '94 wurden mehr und mehr die Differenzen und Konflikte in der Unterstützungsarbeit zum Thema der Auseinandersetzung in Berlin. Auch an unsere Zeitung wurde massiv der Anspruch herangetragen, daß wir den Konflikten mehr Raum einräumen sollten, daß die Zeitung sich zu einer Diskussionsplattform entwickeln sollte.

Die Redaktion war anderer Ansicht. Wegen der Schwere des politischen Angriffs schien es notwendig, weitere Kreise, als die, die sich bisher solidarisch verhielten, zu erreichen und dafür auch eine Zeitung zu haben. Diese Zeitung sollte versuchen, die Hintergründe des Vorfalls, bei dem Kaindl ums Leben kam, aufzuhellen und die politischen und gesellschaftlichen Hintergründe dieser Kriminalisierung zu beschreiben und dadurch solidarisches Verhalten zu erreichen. Wir bemühten uns, die Klippen und Minen, von denen wir umgeben waren, zu umgehen und uns auf eine breite Solidarität zu orientieren.

Es gab in der Berliner UnterstützerInnenszene mehrere massive politische Konflikte. Es ging um den Umgang mit den beiden aussagenden Jugendlichen und ob es richtig sei, sie öffentlich als "Verräter" zu brandmarken. Für uns sprachen drei Gründe dagegen:

- Es war im Hinblick auf den Prozeß notwendig, zu vermeiden, daß sie endgültig in die Arme des Staatsschutzes getrieben würden und dann im Verfahren ihre polizeilichen Aussagen wiederholen.
- Die beiden Jugendlichen haben persönlich und menschlich verraten. Dafür sind sie verantwortlich. *Politischer* Verrat aber setzt eine politische Haltung voraus, die man verraten kann. Beide Jugendlichen sind in diesem Sinne „unpolitisch", d.h. ohne eine gefestigte politische Identität.

(schon wieder Fortsetzung nächste Seite)

Fortsetzung "Resumee..."

- Die Beiden öffentlich als Verräter zu brandmarken, hätte es bestimmt erleichtert, sich nicht mehr selbstkritisch mit der eigenen Verantwortung auseinanderzusetzen und fragen zu müssen, wodurch dieser Verrat produziert wurde.

Ein weiterer Konflikt war die Frage, ob der politische Teil der Gefangenen in unserer Arbeit die wichtigste Rolle spielt und damit unser gesamtes politisches Handeln als UnterstützerInnen immer im Hinblick auf den Prozeß zu beurteilen ist oder andere Fragen, zum Beispiel klare Positionen in der Frage des Umgangs mit den beiden Jugendlichen, einen großen Raum bekommen. Damit zusammen hing das Problem des Umgangs mit dem Strafverfahren, kurz: Tragen wir es mit, wenn die Gefangenen in der besonderen Situation dieses Verfahrens (es gibt drei Aussagen und eine Geschichte des Staatsschutzes, wie es abgelaufen sein soll) sich zur Sache einlassen und ihre Geschichte erzählen oder finden wir dies falsch und fordern von den Angeklagten eine Schweigestrategie.

Eine weitere heftige Kontroverse gab es um die Frage der Bewertung der Aktion und deren Rolle in der Unterstützungsarbeit. Die Redaktion war der Ansicht, daß diese Frage in der Unterstützungsarbeit keine Rolle spielen sollte. Da wir nichts genaues über den Ablauf der Aktion wußten, wären wir auf Spekulationen angewiesen gewesen. Da ebenfalls die Gefahr einer Distanzierung bestand, forderten wir, über die Aktion zu einem späteren Zeitpunkt zu diskutieren.

Parallel zu diesen Auseinandersetzungen lief die Soli-Arbeit auf unterschiedlichsten Ebenen weiter. Es gab dann eine große Bereitschaft, konkrete Unterstützung zu leisten. Es wurde sehr viel Geld zur Unterstützung der Angeklagten gesammelt. Es wurde eine Infrastruktur für die Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung gestellt, es gab jede Menge Plakate, im ersten Halbjahr '94 wurden im gesamten Bundesgebiet und im benachbarten europäischen Ausland eine große Anzahl Veranstaltungen gemacht, im Frühjahr '94 wurden bundesweite UnterstützerInnen-Demos und mehrere Knastkundgebungen veranstaltet. Eine von MigrantInnen organisierte Demo am 20. April 1994 und die bundesweite Demo gegen die Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstandes am 21. Mai 1994. Beide Demonstrationen verteidigten das Recht auf Widerstand gegen rassistische und faschistische Umtriebe, die Demo vom 20. April mobilisierte darüber hinaus zur Selbstorganisierung der MigrantInnen. Mehrere tausend Menschen nahmen an den beiden Demonstrationen teil. Bei den Mobilisierungen ist es jedoch nicht gelungen, andere politische Spektren ausreichend anzusprechen und in eine Unterstützungsarbeit einzubeziehen. Es gab große Schwierigkeiten, unsere Sicht der Dinge in diesem Verfahren, sogar dieses Verfahren selbst, in die Presse zu bekommen. Es gab auch eine starke Reserviertheit des eher bürgerlichen Spektrums zu dem anstehenden Prozeß. Es gelang dann allen Widrigkeiten zum Trotz, eine handlungsfähige Struktur für die Öffentlichkeitsarbeit aufzubauen.

Zum Prozeßbeginn gab es Solidaritätstage mit verschiedenen Veranstaltungen und einen internationalen Aktionstag. Zu diesem Aktionstag gab es in über 20 Städten Solidaritätsaktionen, unter anderem die Besetzung des Goethe-Instituts in Lyon. Solidaritätsdemos und Aktionen wurden auch in der BRD durchgeführt. Sowohl die vorsitzende Richterin als auch die Staatsanwältin wurden mit Protestbriefen und Telegrammen überschüttet. Durch die breite praktische Solidarität, besonders aus dem Ausland, wurde es dann möglich, die öffentliche Meinung zu kippen und die Pläne der Staatsanwaltschaft und des Staatsschutzes zu durchkreuzen und eine in unserem Sinne positive Resonanz zu erreichen und weitere Kreise für konkrete Unterstützung und Solidarität zu gewinnen. Wir mobilisierten gegen das Mordverfahren und legten den Schwerpunkt auf die Machenschaften des Staatsschutzes und dessen Zusammenarbeit mit der faschistischen „Deutschen Liga"

Politisch zielte der Prozeß auf zwei Schwerpunkte: Einmal sollte die kleine Pflanze „Selbstorganisierung der MigrantInnen" zertreten werden und zum anderen sollte antifaschistisches Handeln, welche sich nicht auf Appelle beschränkt, sondern aktiv gegen Faschisten und Rassisten vorgeht, isoliert und dann kriminalisiert werden. Deshalb gab es die Konstruktion einer blutrünstigen Mörderbande von Antifas in der Anklageschrift. Wären sie mit ihren Vorstellungen durchgekommen und hätten exemplarische Strafen erreicht, so hätte dies weitreichende Folgen gehabt. Sie hätten eine juristische Grundlage geschaffen, auf deren Hintergrund eine Kriminalisierung wegen Mordversuchs gegen alle Menschen, die losgehen, um spontan und konkret etwas gegen Nazis zu tun, erheblich erleichtert worden wäre.

Die antifaschistische Bewegung wie auch die Versuche von MigrantInnen, sich selbst zu organisieren, ist den Sicherheitsbehörden und den zuständigen politischen Stellen schon lange ein Dorn im Auge, den sie loswerden wollen. Um damit erfolgreich zu sein, bot sich dieses Verfahren geradezu an. Die Gefahr einer politischen Isolation eines Teils der Antifa drohte massiv, da mit dem Mordvorwurf erst einmal der Distanzierungsreigen aufgemacht war.

Durch die große Solidarität der antifaschistischen Bewegung in Deutschland und Europa, durch die Unterstützung von FreundInnen und GenossInnen auf der ganzen Welt ist es gelungen, dies abzuwenden.

Es wurde teilweise geschafft, die wirklichen Mißstände zum Thema zu machen. Die Zusammenarbeit zwischen dem Berliner Staatsschutz und neonazistischen Kreisen, die illegalen und rassistischen Ermittlungsmethoden der Bullen, ihre Aussagemanipulationen und die Verhältnisse in Deutschland seit der Maueröffnung.

Wir sind im Recht, wenn wir uns wehren!

Es wurde nicht geschafft, mit und in diesem Verfahren, drängende Probleme der antifaschistischen Bewegung zu klären, geschweige denn zu lösen. Es mußten an vielen Punkten Kompromisse eingangen werden, wo wir lieber klarer etwas gesagt hätten. Auch wurde es nicht geschafft, die Machenschaften des Staatsschutzes für eine große Öffentlichkeit aufzudecken. Deshalb und weil viele Fragen und Probleme ungeklärt zurückgeblieben sind, die nun ihrer Diskussion entgegensehen, brechen wir nicht in Jubel aus.

Trotz allem, es war seit langem mal wieder eine große Kampagne gegen die Kriminalisierung in der Bundesrepublik. Sie war letztendlich ein Erfolg.

Vielen Dank an alle, die uns und die Angeklagten unterstützt haben und eine Umarmung. Ohne Euch wäre es nicht zu schaffen gewesen.

Geld macht fies...

(aber nich' imma!)

Während der ganzen Solidaritätskampagne haben wir im gesamten Bundesgebiet um Spenden zur Finanzierung des Prozesses gebeten. Wir hatten damals geschätzt, daß etwa 80.000 DM benötigt werden würden. Viele haben gespendet und Veranstaltungen und Feten zur Geldsammlung veranstaltet. Sogar aus dem Ausland haben wir Spenden bekommen.

Bis heute sind 73.400 DM zusammengekommen, für die wir uns bei allen, die gespendet haben, auf das Allerschärfste bedanken. 66.700 DM haben wir bislang zur Unterstützung der Gefangenen und für Prozeßkosten ausgegeben.

Die mittlerweile 150.000 DM (is' wirklich wahr!) für die Öffentlichkeitsarbeit haben wir immer aus anderen Quellen besorgt. (An dieser Stelle unseren "Finazquellen" ein dickes Dankeschön.)

Dieser Prozeß ist zu Ende - ABER...

Es arbeiten immer noch AnwältInnen für die Gesuchten, die Öffentlichkeitsarbeit kann jetzt nicht mehr über die bisherigen Quellen laufen und auf die Verurteilten kommen noch einige Kosten zu. Deshalb...



Das du dich wehren mußt,
wenn du nicht untergehen willst,
das wirst du doch einsehen.

Das Spendenkonto ist nach einem Durchsuchungsbefehl erneut gekündigt worden. Also wieder einmal...

NEU! NEU! NEU!
S. Zillich
Kto.Nr.: 470 283 45
Berliner Volksbank
BLZ 100 900 00

FreundInnen und UnterstützerInnen der verfolgten Antifas, c/o Prozessbüro, Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin.
Fax: 694 93 54

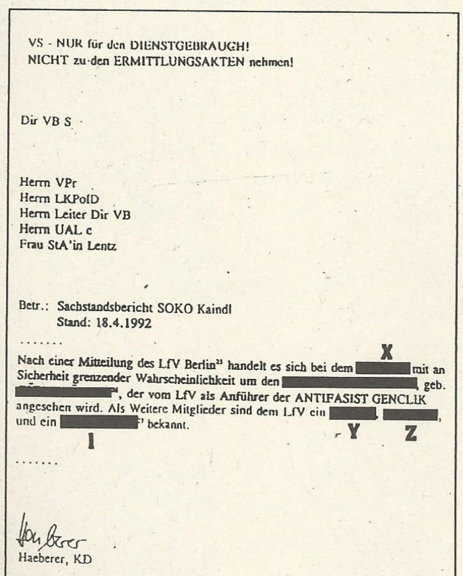
Staatsschutz, die Elfte

Wir haben während des gesamten letzten Jahres einen der Schwerpunkte unserer Arbeit immer wieder auf die Methoden des Berliner Staatsschutzes im "Fall Kaindl" gelegt. Auch in der vorläufig letzten Ausgabe der "Herzschläge" können wir es uns nicht verkneifen, nochmal auf dieses Thema einzugehen. Hier nun zwei Beispiele aus einer ganzen Kette von Illegalitäten der Herren, die diesen Staat schützen wollen.

Um über den Verbleib der Untergetauchten etwas herauszufinden, versuchten die Staatsschützer, deren Familien zu erpressen. Eine Ehefrau berichtete der *jungen Welt*: " Wir haben damals noch bei meinen Schwiegereltern gewohnt. Ich war schwanger. Bei einer Hausdurchsuchung hat der Staatsschutz die Wohnungszusage der Hausverwaltung für meinen Mann und mich mitgenommen. Als ich dann zur Schlüsselübergabe kam, war der Hausverwalter ganz aufgeregt", erinnert sich die junge Frau. "Wo ist ihr Mann, hat er immer wieder gefragt. Wenn Sie nicht sagen, wo er ist, kriegen Sie die Wohnung nicht! Und dann hat er wörtlich gesagt, er müsse jetzt den Staatsschutz anrufen und sagen, daß mein Mann nicht erschienen ist." *(aus: junge Welt vom 17.11.94)*

Das zweite Beispiel wirft die Frage auf, womit so manche Beamte in dieser (und wahrscheinlich nicht nur hier) Stadt ihr Geld verdienen. Da wird illegal beim Geheimdienst "angefragt" und die Antwort als das Ergebnis eigener "umfangreicher Ermittlungen" ausgegeben. Zwei Fliegen mit einer Klappe:Die arbeitsintensiven "Ergebnisse" können in das Verfahren eingeführt werden und die nötigen "Überstunden" kommen auch zustande.

Die geschwärzten Namen auf dem VS-Papier sind sogar noch in der Reihenfolge identisch mit dem "Ermittlungsbericht" des Herrn Bredlow.



VS - NUR für den DIENSTGEBRAUCH!
NICHT zu den ERMITTLUNGSAKTEN nehmen!

Dir VB S

Herrn VPr
Herrn LKPolD
Herrn Leiter Dir VB
Herrn UAL c
Frau StA'in Lentz

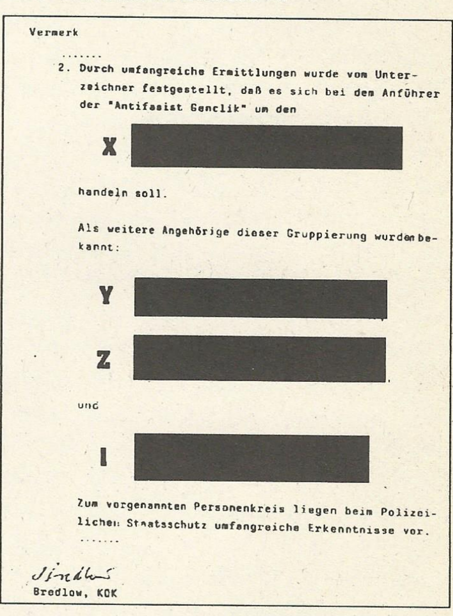
Betr.: Sachstandsbericht SOKO Kaindl
Stand: 18.4.1992

....

Nach einer Mitteilung des LfV Berlin[23] handelt es sich bei dem ███ (X) mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit um den ███, geb. ███[24], der vom LfV als Anführer der ANTIFASIST GENCLIK angesehen wird. Als Weitere Mitglieder sind dem LfV ein ███ (Y), ███ (Z), und ein ███ (I)[25] bekannt.

....

Haeberer, KD



Vermerk

....

2. Durch umfangreiche Ermittlungen wurde vom Unterzeichner festgestellt, daß es sich bei dem Anführer der "Antifasist Genclik" um den

X ███

handeln soll.

Als weitere Angehörige dieser Gruppierung wurden bekannt:

Y ███

Z ███

und

I ███

Zum vorgenannten Personenkreis liegen beim Polizeilichen Staatsschutz umfangreiche Erkenntnisse vor.

....

Bredlow, KOK

Ein Interview mit Fatma, Seyho, Carlo und Abidin

Nach einem Jahr U-Haft seid ihr nun, teils nur vorübergehend, wieder unter euren FreundInnen. Wie geht es euch?

ABIDIN: Mir geht´s gut und freue mich sehr, daß ich wieder draußen bin. Es ist ja auch schön, wieder unter den FreundInnen zu sein und zusammen unsere politische Arbeit weitermachen können.

FATMA: Ja, mir geht es auch gut, nach einem Jahr wieder draußen zu sein.

CARLO: Es ist viel lustiger, nicht die ganze Zeit wie ein Hase gehetzt zu werden.

SEYHO: Na ja, am Anfang hatte man natürlich Eingewöhnungsschwierigkeiten. Allein schon die Tatsache, daß man im Knast war, hinterläßt Spuren, soziale und familiäre. Dann kommen noch die Probleme hinzu, die anhand dieses Prozesses aufgetaucht sind. Die Diskussionen unter den Freunden sind nicht konstruktiv. Jeder setzt von seiner Sicht aus Gedanken in die Welt, anstatt diesen Prozeß mal objektiv zu betrachten, was da gegen uns aufgefahren wurde und was wir am Schluß erreicht haben.

Wieviel habt ihr von der Unterstützungsarbeit, sowohl bundesweit als auch international mitbekommen und wie ist eure Einschätzung dazu?

ABIDIN: Als erstes möchte ich sagen, daß das, was während letztes Jahr in der BRD und auf internationale Ebene gelaufen ist, mich sehr gefreut hat. Auch die Tatsache, daß ich von Menschen, die ich nicht kannte, so viel Briefe bekommen habe, finde ich auch toll.

Obwohl ich ganzen Unterstützungsarbeit sehr positiv fand, möchte ich noch hinzufügen, besonders über die Berliner UnterstützerInnenkreise, daß die Kommunikation zwischen uns nicht so gelaufen ist, wie ich mir das vorgestellt habe. Denn ganze Diskussion, die draußen gelaufen ist, war für mich keine Meinungsaustausch zwischen uns allen, sondern man hat über unseren Kopf hinweg diskutiert. Wir hatten den Eindruck, daß draußen für uns entschieden wird, welchen Weg wir wählen müssen.

FATMA: Also erstmal ging´s mir so ähnlich wie Abidin, daß mich die breite Unterstützung draußen schwer beeindruckt hat. Ich habe unheimlich viele Briefe aus allen möglichen Ländern bekommen - aus USA, aus Japan. Auch die ganzen Demonstrationen und Kundgebungen haben mich beeindruckt. Es ist ja Jahre her, daß über 500 Leute auf eine Knastkundgebung gekommen sind.

Ich hatte allerdings, was Berlin betrifft, auch mitbekommen, daß es große Konflikte unter den UnterstützerInnen gibt. Ich fühlte mich dadurch ziemlich unter Druck gesetzt. Ich denke allerdings, daß das auch ziemlich viel an uns Gefangenen lag, da wir auch nicht so angestrebt haben, eine gemeinsame Linie oder Strategie zu entwickeln, womit wir dann auch nach draußen treten können. Das Problem war eben, daß wir auch ganz andere Probleme hatten. Aber so bedanke ich mich erstmal für die ganze Solidarität und Unterstützung, die da gelaufen ist.

SEYHO: Ich war ja acht Monate ungefähr auf der Flucht. Ich habe also hauptsächlich über die Medien erfahren, was läuft. Die Unterstützungsarbeit fand ich ziemlich gut, sie war nicht zu unterschätzen. Hätte natürlich noch mehr und besser sein können, aber sie hat internationale Achtung gehabt. Es hat in linken, fortschrittlichen Kreisen Eindrükke hinterlassen, sodaß das Gericht es nicht so leicht hatte, die ursprüngliche Anklage durchzuziehen.

Die Mordanklage basierte auf den Aussagen von Erkan und Bazdin, die sie gegenüber dem Staatsschutz gemacht haben. Was könnt ihr MigrantInnen und Antifas raten, damit sich solche beschissenen Aussagen nicht wiederholen?

FATMA: Ich denke, daß in den ganzen linken Strukturen fehlt, daß man die ganze Situation mit den Jugendlichen bespricht. Was heißt es, bei den Bullen zu sitzen, was, wenn der Staatsschutz hinterher ist, nicht die „normalen" Bullen, wie arbeiten die? Was mach´ ich, wenn ich acht Stunden den ganzen Versuch ausgesetzt werde, mich zu verhören, unter Druck gesetzt und erpreßt werde? Wo mir gesagt wird, daß, wenn ich nichts sage, die Bullen noch das und das gegen mich in der Hand hätten? Bei mir wurden dann Bilder von der oder jener Aktion rausgeholt und mir wurde dann gesagt, daß sie diese Bilder gegen mich verwenden, wenn ich nichts sage. Sie wüßten, daß ich da dabei gewesen wäre und sie würden sich drum kümmern, daß ich dafür ein Verfahren bekäme. Das sind alles so Situationen,



die sowohl für unerfahrene Jugendliche als für politisch bewußte Menschen - da mache ich diesbezüglich keine große Trennung - sehr schwierige Situationen sind.

ABIDIN: Erstens möchte ich sagen, was wir schon seit Jahren sagen, „keine Aussagen bei den Bullen", wie wichtig war und das wir diese Meinung weiter noch stärker in den antifaschistischen Kreisen thematisieren müssen. Nur, das allein weiter zu propagieren, wird uns nicht weiter helfen. Denn, wenn man mit den Menschen, mit denen man auch politisch zu tun hat, keine alternative Lebensperspektive aufbauen wird, um die gegenseitige menschliche Bewußtsein und Verantwortungsgefühl zu entwickeln, wird dieses Problem nicht gelöst werden. Ich möchte hier auch kurz über Verratdisskussion etwas sagen. Allein um festzustellen, ob die Beiden Verrat begangen haben, war´s nicht so wichtig, weil dafür keine andere Antwort gibt´s. Mir ging´s mehr darum, wie man damit umgeht. Es ging auch darum, sie als Menschen für uns zurückzugewinnen und sie nicht noch absichtlich auf den Schoß der Polizei zu stoßen. Gleichzeitig hätte man bei der Diskussion auch die Prozeßstrategie der Gefangenen berücksichtigen müssen, was teilweise nicht gelaufen ist und was ich uns gegenüber unverantwortlich finde.

CARLO: Also mal grundsätzlich trenne ich zwischen Leuten mit „politischem Gefühl, sogenannten Bewußtsein" und Menschen, die das nicht so haben. Das mit dem Menschlichen und vor allem, was Fatma und Zeki sagen, ist ja auch teilweise nur eine Farce. Ich finde, daß das teilweise Sprüche sind, ganz gute Gedanken, aber daß da ja eigentlich gar nicht soviel läuft. Aber es wird schon werden, oder?

SEYHO: Normalerweise sollte man überhaupt keine Aussagen machen. Wenn Leute beim Prozeß dabei sind, die nicht politisch sind, die sich dann z. B. vom Staatsschutz benutzen lassen und klar ist, daß der Staat damit versucht, die ganze Antifaszene zu sterilisieren, dann bleibt einem kein anderer Ausweg, als sich einzulassen. Aber wenn, ist es wichtig, daß man dabei die eigne Würde behält und sich vor Gericht nicht unterwirft.

Die meisten von euch haben sich im Prozeß für die Einlassungsstrategie entschieden. Könnt ihr genauer sagen, warum?

SEYHO: Es hat ja zwei ziemlich detaillierte Aussagen gegeben. Beide waren zwar manipuliert, doch wenn wir uns nicht zur Sache eingelassen hätten, wäre es ziemlich schwer gewesen, diese Anklage zum kippen zu bringen. Das die Medien eingeschaltet wurden, das bis zum Prozeßbeginn die ganzen Boulevardblätter immer das Bild von uns als Mörder, äußerst gewaltbereit und radikal, verbreitet wurde, damit wurde die ganze Szene in dieses Licht gestellt. Wir hatten also keine andere Möglichkeit, auch wenn die zwei Aussagen manipuliert waren.

ABIDIN: Mit einer Schweigestrategie, wo drei Aussagen gegen uns gemacht worden sind und wie der Staatsschutz alles so stark konstruiert hatte, diese Mordanklage zu kippen, schien mir sehr riskant und ich wollte ganzen Risiko nicht in Kauf nehmen, denn man darf - kann - auch nicht mit „wenn", „vielleicht", „wäre" eine Strategie entwickeln. Mir ging´s auch darum, wie ich meine Mitgefangenen so schnell wie möglich rausholen könnte, damit sie nicht 10 oder 15 Jahre im Knast sitzen müssen. Als Prinzip, daß man sich bei der Justiz nicht darauf einläßt, eine Sache mit aufzuklären, finde ich richtig. Aber die Prinzipien, die wir vertreten, sind keine Schablonen die überall angewendet werden können. Man muß seine Politik immer bezogen auf die konkrete Situation entwickeln.

FATMA: Ich habe mich gegen Einlassung entschieden. Ich setze niemanden mit meiner Position unter Druck, im Gegenteil. Ich bin bereit, gemeinsam mit den anderen, ihre Einlassungen zu diskutieren. Ausschlaggebend für meine Entscheidung war meine Sichtweise oder Einschätzung der Aktion, wie weit stehe ich politisch dahinter. Das dabei ein Mensch liegengeblieben ist, ist zwar nicht die Strategie vom antifaschistischen Kampf, aber es kann vorkommen und an dem Punkt distanziere ich mich nicht. Es ging mir also um meine eigne Identität. Ich war der Ansicht, daß man nicht nur andere, sondern auch sich selbst verraten kann. Ich will mich jedoch auch nicht aus dem, wie die Einlassungen gelaufen sind, herausziehen und sagen, ich hätte von nichts gewußt. Ich trage genauso wie die anderen die Verantwortung dafür.

Es gibt verschiedene Formen der Einlassung. Warum habt ihr euch gerade für diese Form entschieden?

SEYHO: Es war eine antifaschistische Aktion, bei der es keine Tötungsabsicht gab. Wir haben uns deshalb für die schwierigste Variante, nämlich freie Frage-Antwort-Spiel entschieden, weil wir uns dachten, wir sind im Recht und wir werden nur die Realität darstellen. Ich denke, mit einer anderen Form von Einlassung wäre es sehr schwierig gewesen, diese Anklage überhaupt zu kippen. Viele Fehler wären vermeidbar gewesen, wenn sich auch andere Leute engagierter eingesetzt hätten, z. B. auch die Verteidiger. Die Anwälte haben den Prozeß geleitet und wir haben die Risiken auf uns genommen. Ich würde solch eine Strategie jedoch nicht anderen empfehlen für zukünftige Prozesse. Denn jeder Mensch muß für sich selbst entscheiden, was für ihn und die politische Entwicklung in Deutschland positiv ist und was getan werden muß, damit Schritte vorwärts, nicht rückwärts gemacht werden. Aber übertragbar ist das nicht.

ABIDIN: Als uns klar war, daß wir die Einlassungsstrategie führen wollen, blieb uns sehr wenig Zeit übrig. Es war verschiedene Überlegungen in der Diskussion, z. B., daß man Einlassungen auch schriftlich machen kann oder das man nicht alle Fragen beantworten muß und bei den Fragen, die für uns auch wichtig waren zu beantworten oder thematisieren, daß wir uns vorbereiten müssen. Von Vielen wurde es, objektiv gesehen, nicht ernstgenommen und man hat auf seine eigne Faust gehandelt.

FATMA: Ich weiß nicht genau, wie die Diskussionen um die Einlassung gelaufen sind. Ich dachte, das Schriftliche wäre dann die Einlassung. Jetzt kann ich sagen, daß es besser gewesen wäre, mit den Einlassungen im Prozeß zu warten, wie die anderen sich dazu äußern. Es gibt viele Formen und ich glaube, das war die schlechteste Form der Einlassung. Meine Kritik an den Anwälten ist an dem Punkt, daß sie versucht haben, uns ihre eigne Strategie aufzudrücken. Hätten wir mehr zusammen bestimmt, hätten die Anwälte auch nicht so ihre eigne Strategie durchdrücken können.

Die Mordanklage ist zusammengebrochen, der Staatsschutz mehr und mehr auf die Anklagebank gerückt. Abidin wurde freigesprochen. Staatsanwaltschaft, Gericht und Verteidiger trafen dann ein „Abkommen". Was beinhaltet dieses Abkommen und warum habt ihr dem zugestimmt?

(Fortsetzung nächste Seite)

Fortsetzung Interview...

CARLO: Warum wir zugestimmt haben? Nun, das ist ganz einfach: Die Leute wollten raus!
FATMA: Ich war erstmal gegen dieses Abkommen, aber es war klar, daß ich mich der Entscheidung der anderen anschließen werde. Wir haben sofort o.k. gesagt, ohne darüber nachzudenken, was dieser Deal uns bringt und was wir dabei verlieren. So haben wir auf alles verzichtet: Das die Staatsschützer verhört werden, das die Faschisten verhört werden. Ich denke der Preis dafür, drei Monate draußen sein zu können, ist ganz schön hoch. Vielleicht hätten wir trotzdem unser Ziel nicht erreicht, auch wenn wir gute Chancen hatten. Aber so schnell sollte man, auch wenn´s schwierig wird, eigentlich nicht aufgeben.
SEYHO: Ich habe dem Abkommen zugestimmt, weil einige von uns die Haftbedingungen nicht durchstehen konnten. Ich sah auch die Gefahr, daß, nachdem der Staatsschutz verhört worden wäre, der Prozeß wieder zu unserem Schaden emotionalisiert worden wäre, dargestellt von anderen Zeugen. Dazu beigetragen hat auch der defensive Charakter unserer Verteidiger in Bezug auf den Prozeßablauf.
ABIDIN: Politisch gesehen, finde ich diesen Deal falsch, weil damit auf Vieles verzichtet wurde. Es wäre mehr für uns rauszuholen gewesen. Doch uns sollte klar sein, daß auch diese Einlassungen Teil eines Deals waren. Obwohl ich diese Einlassungen richtig fand, war ich der Meinung, daß wir in der Offensive bleiben müssen und diesen Deal in der Offensive abschließen müssen. Das ist nicht gelaufen. Wenn ich jedoch draußen mitkriege, daß viele Leute den Prozeß als Niederlage betrachten, bin ich nicht ihrer Meinung. Wir brauchen unsere Erfolge nicht unter den Tisch kehren und uns selbst demoralisieren.

Die Aktion im Chinarestaurant war eine von vielen spontanen Verhinderungsaktionen der antifaschistischen Bewegung, mit dem Unterschied, daß dabei ungewollt ein Faschist getötet wurde. Sie war in der Öffentlichkeit nicht unumstritten und warf innerhalb der Antifabewegung durchaus Fragen auf. Was denkt ihr, kann mensch aus dieser Erfahrung lernen?

FATMA: Wenn man irgendwo hingeht, daß man dann nicht als spontan zusammengewürfelte Gruppe einfach dahin geht. Das man vorher sich noch mal hinsetzt, guckt, was man dabei hat, nochmals die ganze Situation durchspricht und überlegt, was passieren kann und was nicht passieren darf. Und wenn die Zeit nicht vorhanden ist, dann lasse ich das. Und besonders nach einer Aktion nochmals durchsprechen, was auf mich zukommen kann und wie gehe ich damit um.
ABIDIN: Diese Aktion mit all ihren Fehlern ist für mich nur eine von vielen innerhalb der antifaschistischen Bewegung. Und es war meiner Meinung nach nur Glück, daß nicht schon früher dabei ein Faschist umgekommen ist. Eigentlich hätte eine Diskussion darum, wie zu verhindern wäre, daß bei Aktionen ungewollte Sachen passieren, schon viel früher innerhalb der Antifa geführt werden müssen. Doch spätestens jetzt, nach diesen Erfahrungen, ist es dringende Aufgabe von uns allen, sich darüber ernsthaft Gedanken zu machen.
CARLO: Die Leute sollen sich besser organisieren oder so.

Solidaritätsaufruf

Spendet Geld für die juristische Verteidigung von Andreas Landwehr und Karen Braun!!!
Die beiden sind am 13.11.94 in der Türkei festgenommen worden, wegen angeblicher Kuriertätigkeit für die PKK.
Um eine angemessene Verteidigung und Unterstützung der beiden gewährleisten zu können, wird dringend Geld benötigt.

Spendenkonto:
Jan Schulze-Husmann
Sparkasse Bonn
Kto.: 131 033 441
BLZ: 380 500 00

V.i.S.d.P.: Freundeskreis zur Freilassung von Andi&Karen, c/o Asta Uni Bonn, Nassestr., Bonn

An alle antifaschistischen Leseratten!

Einige der vermeintlich Tatbeteiligten sind momentan auf der Flucht, d. h. eventuell stehen noch weitere Prozesse aus. Nach wie vor wird dringend Geld benötigt, um die Unterstützungsarbeit und die AnwältInnen finanzieren zu können. Aus diesem Grund wollen wir eine Soli-Bücheraktion initiieren. Wir bieten Euch interessante Bücher zum halben Originalpreis an. Davon geht die Hälfte des Umsatzes an das Koordinierungsbüro. Wir haben uns das so gedacht, daß diese Aktion zeitlich auf zwei Monate begrenzt ist. Also haltet Euch ran !
Folgende Bücher stehen zur Auswahl:

Für eine Gesellschaft ohne Knäste - Texte aus Italien, 1983, 144 S., Solipreis **6.-**

R. Knobelspiess: QHS - Der langsame Tod, 1984, 163 S., Solipreis **6.-**

C. Harp: Liebe und Hass - Ein Knasttagebuch aus Amerikkka, 1985, 113 S., Solipreis **5.-**

Zehn Tage, die England veränderten, *die soziale Revolte 1981*, 1986, 175 S., Solipreis **5.-**

L. Adamic: Dynamit, 1985, 416 S., Solipreis **8.-**

Die Bücher sind in gutsortierten Berliner Infoläden bis zum 31. Januar 1995 erhältlich.

V.i.S.d.P.: G. Schulz, Gneisenaustr. 2a, 10963 Berlin